

# In Liestal war die Zeit reif für Lukas Ott

Der grüne Stadtpräsident hat im ersten Jahr viel erreicht – und hohe Erwartungen geweckt

Von Thomas Gubler

**Liestal.** «Die Leute wollen frischen Wind in dieser Stedtlipolitik.» Mit diesem Satz kommentierte vor gut einem Jahr der neu gewählte Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott seinen knappen Sieg über die bisherige Amtsinhaberin Regula Gysin (FDP). Der damals 46-jährige Grüne wollte es nach zwölf Jahren Stadtratszugehörigkeit endgültig wissen: Entweder war Liestal jetzt bereit für ihn – nachdem er acht Jahre zuvor bei seinem ersten Anlauf gescheitert war –, oder sein Engagement im Stadtrat näherte sich langsam dem Ende.

Die Zeit erwies sich als reif. Auch wenn der Vorsprung auf die Amtsinhaberin am Schluss nur gut 100 Stimmen betrug, so zeigte allein der Umstand, dass das bürgerliche Liestal einen grünen Stadtpräsidenten wählt, den – offenbar parteiübergreifenden – Wunsch nach Veränderung. Ohne Unterstützung auch aus dem bürgerlichen Lager hätte Ott die Wahl jedenfalls nicht geschafft. Allerdings waren damals sowohl die Erwartungen als auch die Skepsis gross. Wer frischen Wind verspricht, muss etwas bieten, sonst bläst ihm dieser schnell ins Gesicht. Kein leichtes Unterfangen angesichts eines rot-grün dominierten Stadtrats und einer bürgerlichen Mehrheit im Einwohnerrat, zumal sich bei einem Teil der geschlagenen Bürgerlichen eine gewisse Frustration bemerkbar machte.

## Friede und Harmonie

Ein Jahr später herrscht in Liestal weitgehend Friede und Harmonie – für den einen oder anderen fast schon zu viel. Im Einwohnerrat reicht man sich über die Parteigrenzen hinweg die Hand und geht sehr pfleglich miteinander um. Der scheidende Einwohnerratspräsident Gerhard Schafroth (GLP) – der Ehemann der zurzeit einzigen bürgerlichen Stadträtin Marion Schafroth (FDP) – sprach gar vom «kleinen Paradies Liestal» und hob dabei die Verdienste des neuen Stadtpräsidenten noch besonders hervor.

Kein Zweifel: Lukas Ott ist im Rathaus angekommen. Gleichzeitig befindet er sich mit 46 Jahren auf dem Höhepunkt einer politischen Karriere, die sehr früh begonnen hat. 1987 wurde er mit 21 Jahren in den Landrat gewählt.



«Wir stehen erst am Anfang.» Liestals Stadtpräsident Lukas Ott hat im ersten Jahr Erfolge geerntet, kennt aber auch die Schwachstellen. Foto Dominik Plüss

Die Leidenschaft für die Politik sei bei ihm schon im Gymi-Alter geweckt worden. In den Achtzigerjahren lebte der Pfarrersohn, der erst in Allschwil und dann in Liestal aufgewachsen war, auf dem Leuenberg. Sein Vater war Leiter des dortigen Tagungszentrums der reformierten Kirche. «Die damalige Atmosphäre auf dem Leuenberg mit den zahlreichen politischen Zusammenkünften und Kongressen haben mich sehr geprägt», sagt Ott über diese Zeit.

Während seiner Landratszeit absolvierte er sein Studium der politischen Soziologie und der Rechtssoziologie, nachdem er zuvor sechs Semester Biologie studiert hatte. «Der Fakultätswechsel wurde natürlich durch die Politik begünstigt. Im Grunde interessierten

mich die Menschen und ihr Zusammenleben aber schon immer mehr als Tiere», sagt Ott rückblickend. Zudem konnte er Theorie und Praxis fast schon ideal miteinander verbinden.

Zehn Jahre gehörte er dem Kantonsparlament an und präsidierte in dieser Zeit zwei Kommissionen. «Dann hatte ich für den Moment ein bisschen genug», sagt er. In der Folge widmete er sich vor allem Forschungsprojekten und Publikationen. Seit 1996 ist Lukas Ott Inhaber der Firma Politik, Politikforschung und Kommunikation. Das sei für ihn wichtig gewesen, «auch um aus Liestal hinauszukommen». So berät er bis heute vier Bündner Gemeinden – und behält auf diese Weise ständig auch eine Aussenansicht vom Stedtl.

Die politische Leidenschaft hatte ihn aber bald wieder gepackt. Im Jahr 2000 wurde er in den Stadtrat gewählt. Zwölf Jahre lang war er dann so etwas wie der Farblecks in der Stedtl-Exekutive. «Während dieser Zeit habe ich mich intensiv mit Liestal auseinandergesetzt und dabei festgestellt, weshalb die Stadt in eine lange Phase der Stagnation geraten ist.» Man habe in selbstgefälliger Art hingekommen, dass durch das Verschwinden der Textilindustrie 200 Arbeitsplätze verloren gegangen seien. Auch eine Reaktion im Stedtl auf das neue Einkaufszentrum im Schönthal sei nicht erfolgt. «Mitunter kam ich mir etwas vor wie der Rufer in der Wüste», sagt Ott.

## Das Potenzial ausgelotet

Jetzt muss er nicht mehr rufen, sondern handeln. Doch irgendwie ist ihm der Erfolg im ersten Jahr förmlich in den Schoß gefallen: Neueröffnung des Manor am Bücheli, neue Weihnachtsbeleuchtung und die Aussicht auf einen neuen Bahnhof samt Erschliessung und Neugestaltung des ganzen Bahnhofquartiers. Ohne dass der neue Stadtpräsident viel mehr machen musste, als ernten oder sich offen zeigen, ist der frische Wind bereits spürbar. Nur, dadurch liegt möglicherweise die ohnehin schon hohe Messlatte noch höher.

Angst vor Herausforderungen hat Lukas Ott allerdings nicht. Er weiss sehr wohl, wie vorteilhaft einerseits seine derzeitige Situation ist, und an wie vielen Orten es andererseits noch harzt. So gibt es beispielsweise in Liestal keinen funktionierenden Wohnungsmarkt, weil es praktisch keinen Leerwohnungsbestand gibt. Mit einer Mischung aus Bescheidenheit und Selbstbewusstsein erklärt er jedoch: «Wir stehen erst am Anfang.» Sein erstes Amtsjahr habe vor allem aus Kommunikation bestanden.

Er habe das Gespräch mit den Menschen gesucht, um das Entwicklungspotenzial Liestals auszuloten und auszuschöpfen. «Ich versuche, alle Aktivposten zu begrüssen und für den Aufbruch zu gewinnen», sagt der Stadtpräsident. Und dabei konnte der Vater eines erwachsenen Sohnes und einer Tochter, die bereits im Einwohnerrat sitzt, eine für sich ganz persönliche Überzeugung gewinnen: «Was ich derzeit mache, ist für mich genau das Richtige.»

# Arbeit für Ausgesteuerte

Laufentaler Gemeinden bieten ein Beschäftigungsprogramm

Von Thomas Immoos

**Laufen.** Passanten, die am Montag das Zickzackweglein zur Badi benutzten, wurden stutzig: In der hochsommerlichen Hitze säuberte eine Gruppe von Männern den Weg und das Waldgebiet. Auf Nachfrage erfuhren sie, dass es sich bei den 40- bis 50-Jährigen um Teilnehmer des Beschäftigungsprogramms Workout handelt, das drei Laufentaler Gemeinden aus der Taufe gehoben haben. Dafür erwarteten die Saubermänner anerkennende Worte von den Passanten, wie der Gruppenleiter Bora Rieder feststellte.

Laufen, Zwingen und Grellingen bieten Ausgesteuerten Arbeitsmöglichkeiten zum Wohle der Allgemeinheit, insbesondere in den Bereichen Unterhalt, Reinigung, Forst und Garten. Der Laufner Stadtrat Linard Candreia sagte an einer Medienorientierung, dass man damit einer Vorschrift des revidierten kantonalen Sozialhilfegesetzes nachkomme. Dieses schreibt vor, dass die Gemeinden Sozialhilfebezügern ein Beschäftigungsprogramm anbieten. Die drei Gemeinden leisteten «Pionierarbeit» in diesem Bereich, so Candreia.

## Sozialhilfe ist der Lohn

Oliver Wilden, Geschäftsführer der damit beauftragten Firma Soziartes, hielt fest, dass man nicht Baufirmen oder Gärtnereien Konkurrenz machen wolle. Die Teilnehmer des Beschäftigungsprogramms erledigten nur Arbeiten, welche die Gemeinden wünschen, für die im Budget aber das Geld fehlt.

Gemäss Stefan Pabst, Gemeinderat in Grellingen, können weitere Laufentaler Gemeinden dem Programm beitreten. Workout bietet ein Konzept, das auf Gegenleistung beruhe und speziell für Personen entwickelt wurde, die nicht in der Lage sind, sich beruflich im ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, sagte Candreia. Die Teilnehmer arbeiten an fünf Tagen pro Woche jeweils am Vormittag und erhalten damit Tagesstrukturen. Dadurch werde auch die soziale und berufliche Integration gefördert.

Die Teilnehmer erhalten ausser der Sozialhilfe keinen Lohn. Verweigern sie die Mitarbeit, kann ihnen die Sozialhilfe gekürzt werden. Je Teilnehmer kostet das die Gemeinde 600 Franken pro Monat, wovon der Kanton die Hälfte übernimmt.

# Mehr Abfall wegen Grüngut

Die Pro-Kopf-Mengen sind 2012 leicht angestiegen

**Liestal.** Herr und Frau Baselbieter haben im letzten Jahr offensichtlich fleissig im Garten gearbeitet. So liege es vor allem an einer deutlichen Zunahme der Grünabfälle, dass 2012 leicht mehr Abfall verursacht worden ist als im Vorjahr. Gesamthaft lag die Abfuhrmenge durchschnittlich bei 357 Kilogramm pro Person, wie die Baselbieter Baudirektion gestern mitteilte. Mit durchschnittlich 169 Kilogramm pro Person haben die Gemeinden 2012 genau gleich viel Hauskehricht und Sperrgut eingesammelt wie 2011.

Die Menge der erfassten Grünabfälle hat um sieben Kilogramm oder 13 Prozent zugenommen und betrug 61 Kilogramm pro Person. Den deutlichen Anstieg um 13 Prozent führt das Amt für Umweltschutz und Energie auf die wöchentliche Grünabfuhr in vielen Gemeinden zurück. Bei den übrigen Wertstoffen ergibt sich eine geringe Abnahme um knapp ein Prozent auf 127 Kilogramm pro Person und Jahr.

Im letzten Jahrzehnt habe sich die Abfallwirtschaft im Kanton weiterentwickelt, schreibt die Baudirektion. In verschiedenen Regionen haben sich Entsorgungszentren etabliert, die ein breites Spektrum an Abfällen und Wertstoffen entgegennehmen. Die Abfallstatistik umfasst nur Abfälle, die von den Gemeinden gesammelt wurden. Die Direktanlieferungen bei Entsorgungszentren werden nicht erfasst. Insgesamt könne davon ausgegangen werden, dass die in den Haushaltungen anfallende Abfallmenge leicht steigt. dab

# Kanton soll Umsatzeinbussen ausgleichen

SVP-Landrat Georges Thüring fordert Unterstützung der Gewerbler, die von Strassenbauten betroffen sind

Von Dina Sambar

**Reinach/Liestal.** Für Georges Thüring ist die Schmerzgrenze erreicht: «Jetzt reicht's. Es kann doch nicht sein, dass Geschäfte unverschuldet durch eine Bauphase des Kantons in den Ruin getrieben werden, und wir nicht helfen. Hier geht es um Existenzen von ganzen Familien», sagt der SVP-Landrat.

Es ist die missliche Lage der Läden und Restaurants an der Hauptstrasse in Reinach, die Thüring anspricht. Dort läuft seit Wochen ein Umbau, der die Zufahrt zu den Geschäften erheblich erschwert oder zeitweise gar verunmöglicht. So verschickten beispielsweise die Wirte vom Restaurant zur Waage die dramatischen Zeilen: «Wir hoffen, dass wir Ende August noch leben.» Die Mitarbeiter habe man bereits freigestellt.

Thürings Firma beliefert einige dieser Läden. Und er sehe an deren Bestellungen, dass sie tatsächlich viel weniger Kundschaft haben. Für Kleingewerbler, die auf das Geld oft sowieso schauen müssten, sei das prekär: «In Basel ist einer meiner Kunden wegen einer solchen Baustelle in Konkurs gegangen», so Thüring.

## Gesetz schliesst Zahlungen aus

Deshalb will er die Regierung in einem Postulat dazu auffordern, zu handeln: «Als Staat sind wir verpflichtet zu helfen, wenn jemand unverschuldet in Bedrängnis kommt. Schliesslich nehmen wir ja auch ihre Steuern», sagt Thüring, der es verrückt findet, dass die Schweiz allem und jedem helfe, diese Ladenbesitzer aber im Stich lasse: «Das



Zufahrt erschwert. Der Umbau der Hauptstrasse in Reinach schneidet Läden von ihren Kunden ab. Foto Dominik Plüss

sind ja keine Multikonzerne, die Hilfe brauchen, sondern kleine, familiäre Betriebe, deren Perspektive kaputtgeht.»

Sein Vorschlag: Den Gewerbetreibenden im Dorfkern von Reinach sollen für die sechs Wochen, in denen die Hauptarbeiten ausgeführt werden, 25 bis 50 Prozent der Mietkosten zurückerstattet werden. Diese Kosten sollen dem Umbaukonto belastet werden. «Wenn jemand einen besseren Vorschlag hat, ist das auch gut. Wichtig ist einfach, dass die ganze Sache unkompliziert ist und deshalb nicht gleich ein neues Büro aufgemacht wird», so der SVP-Landrat. Die Gefahr, dass bei einer

solchen Regelung plötzlich jeder Geld einfordern kann, ist für ihn nicht gegeben: «Man sieht ja, ob eine Baustelle die Läden vom Verkehr und den Leuten abschneidet oder nicht.»

Dieter Leutwyler von der Bau- und Umweltschutzdirektion hat grosses Verständnis für die momentane Situation der Gewerbetreibenden. «Aber es ist auch so, dass die Geschäfte 20, 30 Jahre lang von der guten Lage profitiert haben. Nun müssen Werkleitungen und Tramschienen ersetzt und die Strasse saniert werden. Das ist auch im Interesse der Läden, die von einer Optimierung des Strassenraums und der Verkehrs-

anlagen wiederum profitieren», sagt der Direktionsprecher. Das Strassengesetz schliesse solche Zahlungen, wie Thüring sie fordert, für vorübergehende Beeinträchtigungen aus.

Georges Thüring hat jedoch nicht vor, sich vom Strassengesetz abhalten zu lassen. Ihm sei klar, dass der Kanton sanieren müsse und dies auch professionell tue. Doch nun fordert er Herz: «Wir Schweizer sind Weltmeister im Gesetzemachen. Jetzt müssen wir halt schauen, wie wir dieses Strassengesetz umgehen können, damit wir bei den jetzigen und zukünftigen Härtefällen helfen können.»